



# Inklusion *weltweit*

Japan

Länderbericht mal anders

# „Leaving No One Behind?“

## Inklusion im Stresstest

Rabea Brauer, Länderbüro Japan



Der erste Blick auf die Straßen Japans verheißt Gutes: die gelben, gerillt und genoppten Markierungen ziehen sich wie ein stetes Band entlang der Fahr- und Fußwege, entlang an Überquerungen und Bahnsteigen. Fast überall im Land finden Menschen mit eingeschränkter Sehkraft sicher ihren Weg. Wenige wissen, dass diese taktilen oder tastbaren Pflastersteine einst in der Okayama Präfektur erfunden wurden. Erste behindertengerechte Vorkehrungen reichen in Japan sogar 700 Jahre zurück; seh- und gehbehinderte Menschen hatten je nach Art ihrer Arbeit sogar ein Anrecht auf Sänften.

Heute wird jedem Bürger mit Einschränkungen eine freie und unkomplizierte Fortbewegung garantiert. Die Züge und Metrostationen sind mit Fahrstühlen und Rolltreppen, individuellen Tönen und Stimmen ausgestattet; so auch jede Ampel, ganz ohne umständlich Knöpfe finden und drücken zu müssen. Osaka war die erste Stadt weltweit mit einem hundertprozentigen barrierefreien Ausbau seiner Metrostationen, im Vergleich zu derzeit 18 Prozent in London oder 25 Prozent in New York. Behindertengerechte, mit Sprache und Ton versehene Toiletten sind Standard. Die Busse in Tokio sind mittlerweile vollständig mit schwellenlosem Einstieg ausgestattet, andere Provinzen ziehen konsequent nach. Den Metro- und Zugfahrenden mit Bewegungseinschränkungen stehen bei jedem Ein- und Ausstieg das unterstützende Personal der jeweiligen Station zur Seite. In Zügen und Bahnhöfen sind die einzelnen Stationen im einfach lesbaren Hiragana-Silbenalphabet angeschrieben – für all diejenigen, die die komplizierten Kanji nicht gelernt haben oder lernen konnten.

Aber wie integriert sind Menschen mit Behinderungen wirklich im Alltag, in Schulen und im Arbeitsleben?

## Über Sichtbarkeit, Gerechtigkeit und Chancengleichheit



Die japanische Regierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Unabhängigkeit von Menschen mit Behinderungen zu fördern und zu unterstützen, damit sie an der Gesellschaft teilhaben können. Jeweils im Dezember soll die landesweite „Woche der Behinderungen“ mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen für mehr Bewusstsein in der Bevölkerung sorgen und Initiativen gegen Diskriminierungen anstoßen.



Ein Hassverbrechen wie 2016 in Kanagawa, bei dem 19 behinderte Menschen in einem Pflegeheim getötet und 26 schwer verletzt wurden, soll es möglichst nie wieder geben. So enthält der „Basisplan für Menschen mit Behinderungen“ umfassende Maßnahmen für Akzeptanz und soziale Teilhabe. Die wichtigsten sind die Förderung der Barrierefreiheit, nutzerorientierte IT-basierte Unterstützung und eine Infrastruktur, die den Besonderheiten der Behinderungen Rechnung trägt. Maßnahmen zur Prävention von möglichen Unfällen, spezialisierte medizinische Behandlungen, Rehabilitation und Wohlfahrtseinrichtungen sind weitere Kategorien, in denen Verbesserungen angestoßen wurden.

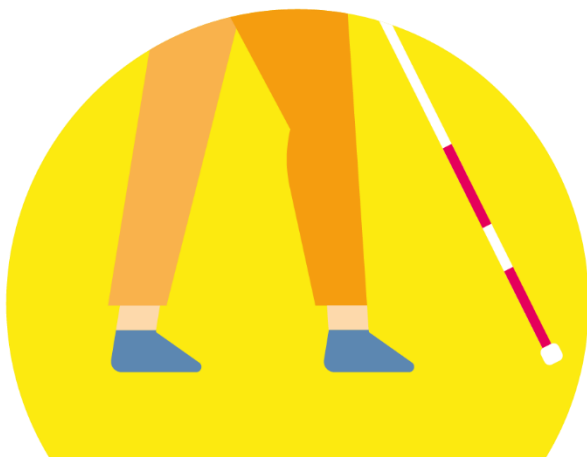
### 1. Stets bemüht

Dass Anspruch und Wirklichkeit dennoch auseinanderklaffen, zeigen die Zahlen. Im öffentlichen Dienst machen Angestellte mit Behinderungen lediglich 2,5 Prozent der Arbeitnehmerschaft aus, übersteigen aber damit die regierungsseitige Vorgabe von 2,3 Prozent, angehoben von einst 1,8 Prozent. In der freien Wirtschaft arbeiten heute rund 825.000 Menschen mit Behinderungen. Im EU-Vergleich ist Japan weit abgeschlagen und die Beschäftigungszahlen sind sogar rückläufig. Schon der Ausbildungsweg in die Firmen ist schwer: landesweit studieren nur etwa 37.000 Menschen mit Behinderungen – bei einer Gesamtzahl von rund drei Millionen Studenten und Studentinnen. Nur wenige Universitäten akzeptieren Studenten mit Einschränkungen, kaum ein universitäres Gebäude ist derzeit für Rollstuhlfahrer ausgelegt. Es fehlt an unterstützenden Strukturen wie zum Beispiel Wegweiser in Braille, helfendes Personal für Logistik oder administrativer Beistand. Dafür fehlen schlicht die Mitarbeiter oder sie sind nicht geschult. Bestenfalls wird für Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer umgebaut, nicht aber für andere mögliche Behinderungen vorgesorgt. Erschwerend kommt hinzu, dass Universitäten, die Studentinnen

und Studenten mit diversen Formen von Behinderungen durchaus aufnehmen könnten, nicht unbedingt Werbung dafür machen oder gar zugängliche Informationsforen abhalten.

Zwar sollen bis 2030 alle benachteiligten Gruppen gleichberechtigten Zugang zur allgemeinen und beruflichen Bildung haben, aber schon im Schulsystem liegen die ersten großen Hürden. Sonderschulen und sogenannte Sonderklassen, die in normale Schulen integriert sind, fangen – jeweils getrennt – Kinder und Jugendliche mit geistigen Behinderungen, Autismus, Sprachstörungen, Taubheit und anderen Funktionsstörungen auf. Doch es fehlen die Lehrkräfte: der Prozentsatz jener, die über die erforderlichen Lizenzen für den Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Bedürfnissen verfügen, beträgt 31 Prozent. Umgekehrt steigt die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen und führt zu überfüllten Sonderschulen beziehungsweise Sonderklassen. Die Anzahl der Bedürftigen hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt – bei stark sinkender Geburtenrate. Beide Umstände führen dazu, dass nicht alle Kinder mit Behinderungen eine angemessene Bildung erhalten. Die letzten gesicherten Daten von 2016 besagen, dass in dem Jahr überhaupt nur 20.882 dieser Kinder einen Schulabschluss erreicht haben; das sind knapp 5 Prozent der Sonderbeschulten oder lediglich 0,2 Prozent aller in Japan eingeschulten Kinder.

Ein logistisches Hindernis stellt zudem der Transport dar: In ländlichen Regionen stellen die Schulen keine beziehungsweise deutlich weniger Fahrtmöglichkeiten zur Verfügung als in den Metropolregionen. Sind die Eltern nicht in der Lage, ihre eingeschränkten Kinder zur Schule zu bringen, können diese nicht am Unterricht teilnehmen.



## 2. Inklusive Skepsis



Trotz der rechtlich möglichen Inklusion in normale Schulklassen wird das Lernkonzept in Japan kaum umgesetzt. Aktuelle Studien zeigen, wie unbeliebt der Gedanke der Inklusion insbesondere bei Lehrerinnen und Lehrern ist. Eine überwältigende Mehrheit spricht sich für die Beibehaltung der Segregation aus und hält inklusives Lernen für nicht umsetzbar.

Die sehr auf Leistung getrimmten Schulen sehen die Teilnahme von zum Beispiel Kindern mit Down-Syndrom als unpassend an und machen es den Eltern so schwer wie möglich. So muss zum Beispiel ein Vormund die Kinder in die Schule begleiten und befähigte Hilfspersonen bei den Kindern im Unterricht sitzen, damit andere nicht vom Lernfortschritt abgehalten werden. Der vorausschauende Gedanke, dass diese Kinder später im Leben selbständiger zurechtkommen und fähiger sind, hilft dem Prozess nicht; auch nicht die Aussicht, dass die Schulen als Vorbild gegen die allzu häufige Diskriminierung gegenüber Menschen mit Behinderungen wirken könnten.

Im Gegenteil zeigt sich das Bildungsministerium zufrieden mit dem Anstieg der Zahlen in den Sonderschulen und führt diesen Umstand auf das wachsende Verständnis der Eltern für entsprechende Sonderpädagogik zurück, wo jeder Zweig den einzelnen Unterrichtsbedürfnissen der Kinder gerecht wird, zum Beispiel mit sehr kleinen Klassen. Das Zentrum für barrierefreie Schulen spricht hingegen von einem Umfeld der Segregation und Ausgrenzung – prägend für beide Seiten.

Bildung in Japan ist kostspielig, die Eltern wollen ihre hohen Erwartungen an die Schulen erfüllt sehen und so stehen die Lehrer unter enormen Druck, möglichst die besten akademischen Leistungen aus den Schülerinnen und Schülern herauszuholen. Inklusives Lernen hat in diesen tradierten Abläufen keinen Platz; Pädagogik ist Pauken, gerne bis spät in die Abendstunden in teuren Nachhilfekursen. Die Schulen wiederum konkurrieren um den besten Ruf und um die Entsendezahlen ihrer Abiturienten an die besten Universitäten des Landes. Es ist ein hartes Geschäft, in dem nicht für das Leben oder den Beruf, sondern für die Aufnahmeprüfungen gelernt wird.

Es reicht somit nicht, dass die Regierung zwar die Rechtsgrundlagen für inklusives Lernen geschaffen hat aber nicht bereit ist, das antiquierte Schulsystem als Ganzes zu hinterfragen.

### 3. Die Ungesehenen



Der *Disability Discrimination Act* von 2013 verbietet Diskriminierungen von behinderten Personen. Im Jahr 2014 hat Japan zudem die entsprechende UN-Konvention unterschrieben, acht Jahre nachdem sie von der UN verabschiedet wurde. Nahezu zeitgleich wurde das Behinderteneinstellungsförderungsgesetz überarbeitet. Mussten öffentliche Stellen und der private Sektor zuvor nur eine gewisse Anzahl von Menschen mit Behinderungen einstellen, sind sie in der Neufassung zusätzlich verpflichtet, ihnen Chancengleichheit zu gewähren. Es darf folglich keine Diskriminierung durch Gehaltseinbußen, verminderter Ausbildungsumfang oder schlechtere Sozialleistungen geben. Mehr noch, die Arbeitgeber werden durch die Richtlinien angehalten, angemessene

Vorkehrungen zu treffen, damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Einschränkungen ihre Fähigkeiten voll entfalten können, Assistenten zur Verfügung stehen, die Ausrüstung und Einrichtungen am Arbeitsplatz adäquat gestaltet sind.

Selbstverständlich darf es Ausnahmen geben: Wenn das Unternehmen all diese Vorkehrungen als „übermäßige Belastung“ bewertet, werden deren Arbeits- und Produktionsprozesse, die Unternehmensgröße und dessen finanzielle Lage mit entsprechender Nachsicht berücksichtigt. So erklären sich die vergleichsweise geringen Beschäftigungszahlen von Menschen mit Behinderungen. Unternehmen können sich zudem „freikaufen“. Der finanzielle Erlös geht an Firmen, welche über die vorgeschriebene Quote hinaus einstellen und soll zur Kostendeckung des Mehraufwandes beitragen. Das führt mitunter zu der kruden Praxis, eine Tochterfirma auszugründen und die Arbeitnehmer mit körperlichen und kognitiven Behinderungen ausschließlich in dieser Firma anzustellen. Die somit übererfüllte Quote wird nicht nur finanziell entlohnt, sondern dem Hauptunternehmen ebenso angerechnet. In Summe aber erleben die Betroffenen Separation und Exklusion anstatt Inklusion und Chancengleichheit.

Was die Betriebe vorleben, erfahren die Menschen mit Behinderungen auch in der Gesellschaft. Fast 90 Prozent befragter Probandinnen und Probanden ohne Behinderungen glauben, dass in Japan Diskriminierung und Vorurteile gegenüber Menschen mit Behinderungen nach wie vor bestehen, so eine aktuelle Umfrage der Regierung. 60 Prozent der Befragten meinten allerdings auch, die Situation habe sich in den letzten fünf Jahren verbessert. Das angesprochene Antidiskriminierungsgesetz kennen hingegen rund 75 Prozent der Teilnehmer nicht.

Behinderungen, insbesondere kognitive, sind in Japan noch immer sehr schambehaftet. In einer Kultur, in der das Wohl der Gemeinschaft mehr zählt als das Einzelschicksal, muten Behinderungen wie Belastungen an, die man niemandem aufbürden will. Zwar hat sich seit 2013 vieles positiv entwickelt, dennoch kommt es im Umgang mit insbesondere kognitiv behinderten Menschen noch immer zu hässlichen Vorfällen, wie auch die Polizeiakten zeigen. Kommunikationsschwierigkeiten werden vor schnell als Ungehorsam gedeutet und mit polizeilicher Härte geahndet. 2021 standen landesweit etwa 20 Prozent der Insassen in Gefängnissen und anderen Justizvollzugsanstalten im Verdacht, geistig

behindert zu sein (geistige Behinderung definiert als IQ von unter 69). Auch sind kognitiv behinderte Straftäter häufiger Wiederholungstäter und sitzen fast viermal häufiger ein. Der Grund sind wiederholte Bagatelldelikte wie Diebstahl oder das Nichtbezahlen von Rechnungen.

Die Beamten sind im Umgang mit behinderten Menschen wenig geschult, missdeuten häufig Gesten oder Verhaltensweisen. Die Feststellung der „geistigen Umnachtung“ ist trotz ihrer abwertenden Terminologie eine rechtlich zulässige Zustandsbeschreibung und führt gemäß den polizeilichen Richtlinien zu „Schutzverwahrung“. Seit 2017 bemühen sich Vereine, Polizei- und Justizbeamten über geistige Behinderungen aufzuklären. Auch soll das Polizeigesetz novelliert werden, um Befugnisse wie die Ingewahrsamnahme mit höheren Hürden zu versehen. Aus Angst vor Zwischenfällen oder deren Konsequenzen, können sich insbesondere Menschen mit kognitiven Behinderungen nicht unbedingt frei bewegen. Sie müssen als Schutzmaßnahme begleitet werden und wer diese Begleiter nicht mehr hat, bleibt ausgeschlossen.

Trotz des fehlenden Bewusstseins in der Bevölkerung und der fehlenden Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderungen, machen einzelne Initiativen, die entweder auf politischen Entscheidungen oder gesellschaftlichem Engagement fußen, Hoffnung.



Beispielgebend für solche Initiativen sei hier ein Restaurant in Tokio genannt, welches ausschließlich Menschen mit Behinderungen einstellt, die Avatare bedienen, welche die eigentlichen Serviceleistungen für die Kunden übernehmen. Dennoch sind die Menschen hinter den Robotern sichtbar und somit auch die wunderbare Integrationsleistung (Vgl. [2021年6月分身ロボットカフェDAWN ver.β オープン! - YouTube](#)).

## Barrierefreie KAS



Was also kann die KAS in Japan tun, um Inklusion und Teilhabe mit den uns zu Verfügung stehenden Möglichkeiten zu fördern? Zum Beispiel trägt der Bürorumzug von 2022 dazu bei, dass unser jetzt sehr zentral gelegenes und mit fünf Metrolinien erreichbares Büro ohne Umstände direkt von der Bahn oder der Straße aus über Fahrstühle erreichbar ist. Die Gestaltung des barrierefreien Büros mit entsprechendem Empfangsbereich und einem leicht zugänglichen Veranstaltungsraum erlaubt die unkomplizierte Teilnahme an Seminaren und Empfängen. Auch das barrierefreie Arbeiten im Büro ist garantiert. Etwas dezentraler, aber wirkungsvoll, ist die Untertitelung unserer Veranstaltungsvideos, Zusammenfassungen und anderer Beiträge in den sozialen Medien in der jeweils priorisierten Sprache, so dass Menschen mit eingeschränktem Hör- oder Sehvermögen die Inhalte abrufen können.

Das Ziel „Leaving no one behind“ begleitet die Arbeit der KAS nicht nur im Japanprogramm, sondern auch im Regionalprogramm SOPAS. Seit 2019 werden unsere Maßnahmen in beiden Programmen aktiv von der damalig amtierenden Familienministerin Seiko Noda unterstützt. Japans Frontfrau für Geschlechtergerechtigkeit und Inklusion ist seit 34 Jahren Abgeordnete und selbst Mutter eines Kindes mit starker Behinderung. Sie kennt die facettenreichen Schwierigkeiten, vor denen Kinder mit Einschränkungen und vor allem deren Familien stehen. Ich habe die Parlamentarierin anlässlich dieses Berichts für ein Gespräch besucht.

Noda bestätigte, dass Behinderungen von der Gesellschaft nur schwer akzeptiert werden. Sie spricht deutlich aus, dass Japan die Segregation der Inklusion noch immer vorzieht, besonders in Schulen, und sie sieht die absolute Trennung zwischen behinderten und nichtbehinderten Schülern und Schülerinnen aus eigenen Erfahrungen sehr kritisch. Ihrer Ansicht nach, und das belegen alle hinzugezogenen Studien, hinkt Japan im gleichberechtigten Umgang und in seinen Hilfsangeboten für Menschen mit starken Behinderungen im internationalen Vergleich arg hinterher. Von Beginn ihrer Amtszeit machte sich Noda stark für verbesserte Infrastruktur, Steuererleichterungen für betroffene Familien, Besuchsrechte für behinderte Kinder in Kindergärten und adäquate Pflegeunterstützung für Eltern, insbesondere für Mütter.

Im Gespräch erzählt sie von ihrem Kollegen Daisuke Tembata, der im letzten Jahr als einer von zwei Abgeordneten ins Unterhaus gewählt wurde – trotz seiner Querschnittslähmung und Schwierigkeiten, zu kommunizieren. Bisher war es verpönt und rechtlich nicht möglich, Sozialleistungen und Pflegeunterstützung für einkommensrelevante Tätigkeiten in Anspruch zu nehmen.



Dies führte dazu, dass Menschen wie Tembata nicht arbeiten könnten, denn er benötigt umfassende Betreuung, so auch im Parlament. Seiko Nodas parteiübergreifend unterstützte Studie zu *Assisted Employment* soll in Gesetzesänderungen und somit in ein verbrieftes Recht auf umfassende Pflegeunterstützung am Arbeitsplatz münden.

In Japans gesellschaftspolitischer Vision „Society 5.0“ ist Barrierefreiheit fest verankert. Doch Entfaltung, Gleichheit und anerkannte Diversität benötigen neben dem politischen Konsens, niemanden



zurückzulassen, auch den gesellschaftlichen Willen. Die KAS kann der Debatte zwar nur bedingt helfen, dennoch bieten wir Politikerinnen wie Seiko Noda mit unseren SDG-relevanten Maßnahmen im Regionalprogramm wie auch im Länderprojekt eine Bühne für internationalen Expertenaustausch und Zugang zu einer jüngeren und weiblicheren Zielgruppe, die politisch aktiver werden und sich mit Diskriminierungen jeglicher Art nicht mehr abfinden wollen.

## Mobilität im Alltag:

Jenseits der wenig erfreulichen Debatten um Inklusion in Schulen und in der Arbeitswelt, hat Japan dennoch im Mobilitätsbereich und mit seiner einzigartigen Serviceorientierung weit mehr zu bieten, als andere Länder. Wie das für Menschen mit physischen Behinderungen im Alltag aussieht, zeigen wir hier:



## Referenzen:

[Japan and disabilities: Inclusion and strategic thinking keys to improve workplace diversity | Diversity and the future of the Japanese workplace \(japantimes.co.jp\)](#)  
['On the Way Home': Documentary shines spotlight on death of disabled man during interaction with police - The Japan Times](#)  
[JLR26\\_kudo.pdf \(jil.go.jp\)](#)  
[Frontiers | Japanese Schoolteachers' Attitudes and Perceptions Regarding Inclusive Education Implementation: The Interaction Effect of Help-Seeking Preference and Collegial Climate \(frontiersin.org\)](#)  
[-JAPANESE LAW INFORMATION- Waseda University Institute of Comparative Law](#)  
[The Long Road to Disability Rights in Japan | Nippon.com](#)  
[Special Needs Education In Japan - Savvy Tokyo](#)  
[National Survey of Supports for Students with Disabilities in Higher Education Settings in Japan \(jasso.go.jp\)](#)  
[Changing Profile of Teaching Profession in Japan \(nier.go.jp\)](#)  
<https://www.timeout.com/tokyo/news/this-new-tokyo-cafe-has-robot-waiters-controlled-remotely-by-disabled-workers-021621>

[Bildrechte: Shutterstock, TimeOut, Seiko Noda, KAS](#)

## Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Rabea Brauer  
Leiterin Auslandsbüro Japan und  
Regionalprogramm Soziale Ordnungspolitik Asien (SOPAS)  
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit

[kas.de/japan](https://kas.de/japan)  
Konrad-Adenauer-Stiftung | [kas](#) | [Home \(kas-japan.or.jp\)](#)  
[#KASJapan](#)  
KAS Japan

[rabea.brauer@kas.de](mailto:rabea.brauer@kas.de)

Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe untergleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.